



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Rechtsausschusses

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/3876

A14

Seite 1 von 1

12.05.2025

Aktenzeichen

5310-I.718

bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter: Herr Dr. Nawrath

Telefon: 0211 8792-555

60. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2025

Bericht zu TOP 11 „Investitionsbedarfe Justizliegenschaften“

Anlage

1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich als Anlage einen öffentlichen Bericht zu dem o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Benjamin Limbach

Dienstgebäude und

Lieferanschrift:

Martin-Luther-Platz 40

40212 Düsseldorf

Telefon: 0211 8792-0

Telefax: 0211 8792-456

poststelle@jm.nrw.de

www.justiz.nrw



**Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen**

60. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 14. Mai 2025

Schriftlicher Bericht zu TOP:
„Investitionsbedarfe Justizliegenschaften“

Zum Tagesordnungspunkt „Investitionsbedarfe Justizliegenschaften“ der 60. Sitzung des Rechtsausschusses am 14. Mai 2025 berichte ich wie folgt:

Eine Darstellung der „gebäudescharfen Investitionsbedarfe“ ist seitens des Ministeriums der Justiz nicht möglich.

Gemäß Erlass des Ministeriums der Finanzen vom 16. Oktober 2018 werden bauliche Handlungsbedarfe in der Regel zweimal jährlich zwischen dem BLB NRW und dem Justizressort im Rahmen von sogenannten Portfoliokonferenzen besprochen. Ziel der Portfoliokonferenzen ist es, den Entscheidungsprozess für die identifizierten Vorhaben voranzubringen und eine nachhaltige Strategie für das Gesamtportfolio an Landesliegenschaften der Justiz abzustimmen.

Hierzu ermittelt und bewertet der BLB NRW fortlaufend den baulichen Handlungsbedarf (auch unter Berücksichtigung von baupolitischen Zielsetzungen) bezüglich der landeseigenen Justizgebäude und identifiziert die aus seiner Sicht dringlichsten Bedarfe. Das Ministerium der Justiz aktualisiert in Vorbereitung der Portfoliokonferenzen den baulichen Handlungsbedarf aus Nutzersicht.